

*Martin Friedrich, Die preußische Landeskirche im Vormärz. Evangelische Kirchenpolitik unter dem Ministerium Eichhorn (1840 – 1848), Verlag Spenner Waltróp 1994, 524 Seiten.*

Das Thema der vorliegenden, umfangreichen Arbeit Martin Friedrichs ist das Verhältnis von Kirche, Gesellschaft und preußischem Staat in den ersten Regierungsjahren Friedrich Wilhelms IV. In Anlehnung an Franz Schnabel und Trutz Rendtorff versucht Martin Friedrich nachzuweisen, daß die kompromißlose Haltung der konservativen Orthodoxie um Stahl, Hengstenberg und Ludwig von Gerlach letztlich dafür verantwortlich gemacht werden muß, daß sich die preußische Gesellschaft der evangelischen Kirche weitgehend entfremdete.

In der Diskussion um die Reform der evangelischen Kirche in Preußen, die vom preußischen König selbst mit initiiert worden war, standen sich zwei Parteien gegenüber. Die konservative Orthodoxie setzte sich für die Stärkung der konfessionell geprägten, altkirchlichen, lutherischen Bekenntnisse ein und stellte damit direkt oder indirekt die Union in Preußen in Frage. Sie lehnte es ab, die in den preußischen Ostprovinzen gültige konsistoriale Kirchenverfassung durch presbyterial-synodale Elemente zu ergänzen, d.h. Laien an der Kirchenleitung zu beteiligen, wie es in den beiden Westprovinzen Rheinland und Westfalen schon lange üblich war. Die liberalen Pfarrer und Laien in der evangelischen Kirche forderten gerade dies: eine dem Staat gegenüber weitgehend unabhängige Kirche, Mitbestimmung der Laien und Bekenntnisverpflichtungen, die sich von den altkirchlichen Symbolen lösten. Martin Friedrich arbeitet heraus, daß der kirchliche Liberalismus weitgehend theologisch argumentierte und durchaus kompromißbereit war. Sein Ziel sei eine tolerante evangelische ‚Volkskirche‘ gewesen, in der Raum für alle protestantischen Strömungen sein sollte. Der konservativen Orthodoxie sei es dagegen weniger um theologische Fragen gegangen, als vielmehr um den politischen Kampf gegen ihre Kritiker, die sie mit allen Mitteln aus der evangelischen Kirche herausdrängen wollte. Dies sollte ihr schließlich auch gelingen, obwohl ihr Programm innerhalb des Protestantismus mehrheitlich abgelehnt worden sei und Kultusminister Eichhorn trotz seiner konservativen Grundhaltung eine Vermittlung der Gegensätze angestrebt habe. Martin Friedrich gelingt es, die im Blick auf den preußischen König eigenständige, wenn auch nicht oppositionelle Rolle Eichhorns überzeugend zu skizzieren. Hengstenberg, Stahl, von Gerlach, die Kreise um die Evangelische Kirchenzeitung, konnten sich durchsetzen, weil ihre Gegner zerstritten gewesen seien und vor allem, weil sie immer mehr Einfluß auf Friedrich Wilhelm IV. gewonnen hätten, der sich ihre Vorstellungen mit gewissen Abstrichen in der Unionsfrage schließlich zu eigen gemacht und praktisch durchgesetzt habe. Die in der Generalsynode 1846 mühsam ausgehandelte Übereinkunft der beiden „Kirchenparteien“ wurde vom König nicht bestätigt, nachdem die Vertreter der konservativen Orthodoxie in diesem Sinne interveniert hatten, obwohl sie u.a. durch Stahl in der Generalsynode vertreten und an ihren Beschlüssen federführend beteiligt gewesen waren, ja ihnen sogar zugestimmt hatten. Einige „liberale“ Pfarrer wurden aus dem kirchlichen Dienst entlassen oder zur Dimission gezwungen. Das königliche Toleranz-



edikt vom 30.3.1847 habe nur vordergründig die Möglichkeit eröffnet, neben der evangelischen Kirche gleichberechtigte, freie Gemeinden zu gründen. Die Kirchenverfassung wurde nicht geändert, die Laien blieben in den Ostprovinzen weiterhin von der Leitung der Kirche ausgeschlossen. Der Preis für diesen Sieg sei hoch gewesen: Das liberale protestantische Bürgertum habe sich immer mehr von der evangelischen Kirche distanziert und im politischen Bereich engagiert, nachdem ihm deutlich geworden sei, daß seine Art und Weise christlicher Existenz in der Kirche kein Bleiberecht mehr hatte. Martin Friedrich bestreitet in diesem Zusammenhang, daß das ursprünglich kirchliche Engagement breiter gesellschaftlicher Kreise für eine offenere Kirche nur ein Deckmantel für genuin politische Interessen gewesen sei. Der politische Liberalismus war seines Erachtens nicht die Wurzel, sondern die Frucht des liberalen Protestantismus bzw. seines Scheiterns innerhalb der evangelischen Kirche. Diese These Martin Friedrichs wird von einem ‚Zeitzeugen‘ gewissermaßen bestätigt. Stefan Friedrich Evertsbusch – 1848 Deputierter in der Frankfurter Nationalversammlung und ab 1877 Präses der rheinischen Provinzialsynode – machte 1864 im Rückblick auf die Zeit seit den Befreiungskriegen das Bündnis maßgeblicher Kräfte in der evangelischen Kirche mit der politischen Reaktion für die allgemeine Entkirchlichung verantwortlich: „Wo gläubig und reactionär als eins gilt, da werden die Fortschrittsgeister dem Unglauben in die Arme getrieben; wo das Christenthum als Pfleger des Servilismus sich darstellt, da wenden freie Männer ihm den Rücken.“ Man müsse verhindern, „daß die Menschheit in eine servile, stabile Christenschaar und eine ungläubige Fortschrittsschicht sich sonderte“ (zit. nach: Jörg van Norden, Der Rheinisch-Westfälische Protestantismus und die Revolution 1848, S. 97, in: Die Evangelischen Kirchen und die Revolution 1848. Erstes Symposium der deutschen Territorialkirchengeschichtsvereine Schweinfurt 3. bis 5. Juli 1992, Zeitschrift für Bayerische Kirchengeschichte 62/1993).

Martin Friedrich weist einleitend daraufhin, daß er nicht beansprucht, „wertfreie Wissenschaft zu präsentieren“, und daß er „in der Tradition der Schleiermacherschen Theologie“, auf der Seite der Anhänger der Union und der kirchlichen Repräsentativverfassung gegen deren konfessionalistische Bekämpfer“ steht (S. 31). Es ist im positiven Sinne bemerkenswert, daß Martin Friedrich damit das Erkenntnisinteresse, das seiner Untersuchung zugrunde liegt, offenlegt. Jede wissenschaftliche Arbeit wird bewußt oder unbewußt von einem bestimmten Erkenntnisinteresse beeinflußt – nach dem Positivismusstreit der 70er Jahre eigentlich eine Binsenweisheit, die sich aber in der Kirchengeschichtsschreibung wie in der allgemeinen Historiographie nur z.T. durchgesetzt hat bzw. immer weniger durchsetzen kann. Historische Objektivität ist letztlich eine Frage der Methoden, der inneren Sachlogik einer Arbeit und des wissenschaftlich redlichen Umgangs mit den Quellen, Anforderungen, denen die Arbeit Martin Friedrichs in jeder Hinsicht gerecht wird.

Abschließend sei jedoch auf zwei Kritikpunkte hingewiesen. Erstens ist es mir vor dem Hintergrund meiner Beschäftigung mit den Auseinandersetzungen um die Kirchenverfassung im Rheinland und in Westfalen nicht plausibel, warum die Entwicklung in den Westprovinzen mit dem nicht weiter ausgeführten Argument weitgehend ausgeklammert wird, hier handele es sich um einen Sonderweg



(S. 86). Eine genauere Untersuchung zu diesem Thema liegt meines Wissens bisher nicht vor. Nur so viel sei an dieser Stelle angemerkt. Die Diskussion in den rheinisch-westfälischen Kreis- und Provinzialsynoden zeigt, daß die oben erwähnte und bei Martin Friedrich dargestellte Gegenüberstellung einer liberalen und einer konservativen Kirchenpartei nicht vollständig greift. Die Synodalen der Westprovinzen argumentierten in ihrem Kampf für die Presbyterial-Synodalverfassung konservativ, wenn sie zu Recht darauf verwiesen, daß diese Grundsätze in ihren Kirchen eine lange Tradition hatten. Während sie in der Verfassungsfrage z.T. konsequenter waren als der kirchliche Liberalismus der Ostprovinzen, lehnten sie das von der Generalsynode formulierte Ordinationsformular fast einstimmig ab und argumentierten ähnlich wie die Kreise um Stahl und Hengstenberg, ohne aber die Union in Frage stellen zu wollen. Ob die Revolution von 1848 die Auseinandersetzung der zwei Kirchenparteien wirklich nur so peripher beeinflußt haben soll, wie dies die vorliegende Arbeit nahelegt, ist m.E. nicht eindeutig zu bestimmen. In den Westprovinzen jedenfalls scheint sie die weitgehend politisch konservativen Synodalen dazu bewegt zu haben, das Ziel kirchlicher Autonomie zurückzustellen, einerseits um nicht – so lautete der Vorwurf der Evangelischen Kirchenzeitung – mit den Revolutionären in einen Topf geworfen zu werden, andererseits um aus Angst vor vermeintlich kirchenfeindlichen Tendenzen in der Gesellschaft den Schulterschluß mit dem christlichen Monarchen zu suchen.

Man kann Martin Friedrich bei dem Umfang seines Themas eigentlich nicht vorwerfen, gewisse, wenn auch interessante regionale Entwicklungen nicht ausführlich genug thematisiert zu haben, geht es ihm doch um eine Gesamtdarstellung der Problematik. Der zweite Kritikpunkt wiegt deshalb schwerer. Die vorliegende Arbeit geht davon aus, daß der „Rationalismus in allen Schichten des Volkes“ verwurzelt gewesen sei (S. 235 u. a.) und versucht nachzuweisen, daß sich eine gesellschaftliche Mehrheit aus der Institution Kirche zurückgezogen habe, als sich die konservative Orthodoxie durchsetzen konnte. Diese Aussage trifft, daß macht Martin Friedrich durchaus plausibel, auf das Bildungs- und Besitzbürgertum zu. Um jedoch verallgemeinern zu können, müßte die Ebene der Kirchengemeinden und der ‚einfachen‘ Gemeindeglieder noch genauer untersucht und wenn möglich auch quantitativ ausgewertet werden. Martin Friedrich weist selbst darauf hin, daß er auf entsprechende Analysen nicht zurückgreifen konnte. Für die Westprovinzen wäre eine solche Untersuchung insofern möglich, als es dort Presbyterien und Kreissynoden gab und damit entsprechende Quellen vorliegen. Diese Gremien verhielten sich aber, wie oben angedeutet, eher „konservativ“, wenn man überhaupt eine solche Kategorisierung verwenden will. Das Maniko der vorliegenden Untersuchung liegt m.E. darin, daß sie z.T. die theologische ‚Führungspersönlichkeiten‘ zu stark in den Mittelpunkt rückt und die kirchliche Alltagswelt zu sehr vernachlässigt, als das sie die Entfremdung breiterer Bevölkerungsschichten vom institutionalisierten Christentum nachvollziehbar machen könnte.

Jörg van Norden